

ANFRAGE

der Abgeordneten Irene Eisenhut
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-
schutz
betreffend **Besonders von drogenbezogenen Todesfällen betroffene Gruppen**

Die steigende Anzahl drogenbezogener Todesfälle in Österreich ist besorgnis-
erregend. Laut dem Epidemiologie- und Drogenbericht 2025 wurden im Jahr 2025
insgesamt 257 Personen Opfer einer Überdosierung, was einen Rekordwert seit über
zwei Jahrzehnten darstellt.¹

Besonders alarmierend ist der Anstieg der Todesfälle unter jungen Menschen. Der
Anteil der unter 25-Jährigen an den Drogentoten stieg von 15 Prozent im Jahr 2018
auf 25 Prozent im Jahr 2025. Dies bedeutet, dass 64 Personen unter 25 Jahren im
Jahr 2025 an Drogen starben.²

Um effektive Maßnahmen im Sinne von Aufklärung und Prävention ergreifen zu
können, sind detaillierte Informationen über die betroffenen Personengruppen
notwendig. Insbesondere die Nationalität in Zusammenhang mit drogenbezogenen
Todesfällen kann Aufschluss über spezifische Risikogruppen geben und gezielte
Präventionsstrategien ermöglichen.

Transparenz und umfassende Daten sind essenziell, um die Ursachen des Anstiegs
drogenbezogener Todesfälle zu analysieren und wirksame Maßnahmen gegen
Drogenmissbrauch zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundes-
ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
nachstehende

Anfrage

1. Wie viele drogenbezogene Todesfälle wurden in den Jahren 2010 bis 2025 in
Österreich verzeichnet?
2. Erfasst Ihr Ressort Daten bezüglich der Staatsangehörigkeit bei drogen-
bezogenen Todesfällen?
 - a. Wenn ja, seit wann?
 - b. Wenn ja, bitte um Angabe der Drogentoten in den Jahren 2010 bis 2025,
aufgeschlüsselt nach Kalenderjahr und Nationalität.
 - c. Wenn ja, in welcher Form werden diese Daten erfasst?
 - d. Wenn nein, warum nicht?
3. Liegen Ihrem Ressort Erkenntnisse vor, ob bestimmte Nationalitäten
überproportional von drogenbezogenen Todesfällen betroffen sind?
4. Liegen Ihrem Ressort Erkenntnisse vor, laut denen bestimmte Gruppen
überproportional von drogenbezogenen Todesfällen betroffen sind?

¹ https://goeg.at/drogenbericht_2025 (aufgerufen am 06.07.2026)

² <https://www.profil.at/oesterreich/drogenbericht-immer-mehr-junge-tote-in-oesterreich/403154544>
(aufgerufen am 06.07.2026)

- a. Wenn ja, welche Gruppen sind nach Erkenntnis Ihres Ressorts überproportional stark betroffen?
5. Wie bewertet Ihr Ressort die Bedeutung der Erfassung der Nationalität bei drogenbezogenen Todesfällen für die Entwicklung von Präventionsstrategien?
6. Welche Präventionsmaßnahmen werden derzeit für besonders betroffene Gruppen umgesetzt?
7. Plant Ihr Ressort, in Zukunft spezifische Präventionsprogramme für bestimmte Nationalitäten oder Bevölkerungsgruppen einzuführen?
 - a. Wenn ja, für welche?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
8. Wie wird sichergestellt, dass Präventionsmaßnahmen zielgruppenspezifisch gestaltet sind?
9. Gibt es Kooperationen mit Organisationen der Zivilgesellschaft / NGOs oder anderen Institutionen, um drogenbezogene Todesfälle in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu reduzieren?
 - a. Wenn ja, mit welchen Organisationen?
 - b. Wenn ja, seit wann?
 - c. Wenn ja, erhalten diese seitens Ihres Ressorts Fördergelder?
10. Wie wird die Wirksamkeit der bestehenden Präventionsmaßnahmen evaluiert?
11. Welche finanziellen Mittel stehen für die Erforschung und Prävention drogenbezogener Todesfälle zur Verfügung?
12. Gibt es internationale Beispiele für erfolgreiche Präventionsstrategien, die Ihr Ressort zur Implementierung in Österreich in Betracht zieht?
13. Wie wird die Öffentlichkeit seitens Ihres Ressorts über die Problematik der drogenbezogenen Todesfälle und die ergriffenen Maßnahmen informiert?
14. Wie wird die Öffentlichkeit seitens Ihres Ressorts über Hilfs- und Präventionsmaßnahmen informiert?
15. Welche Rolle spielen Schulen und Bildungseinrichtungen gemäß der Beurteilung Ihres Ressorts in der Prävention von Drogenmissbrauch?
16. Gibt es spezielle Schulungsprogramme für Lehrkräfte und Sozialarbeiter im Umgang mit drogengefährdeten Jugendlichen?
17. Wie wird die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsbehörden, Polizei und Sozialdiensten im Bereich der Drogenprävention koordiniert?



Handwritten signature: Hans Peter

